



Lage am Arbeitsmarkt verschärft sich zunehmend

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 31. Januar 2013

"Die Alarmglocken am Arbeitsmarkt schrillen immer lauter, doch die Bundesregierung hält unbeirrt an ihrer krisenverschärfenden Politik fest. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft wird langsam aber sicher von Auftragsrückgängen aus den europäischen Ländern getroffen, deren Wirtschaft durch deutsche Spardiktate stranguliert wird. Die Bundesregierung muss endlich einen Kurswechsel vornehmen und sich auf EU-Ebene für Investitionsprogramme einsetzen, um so die zusätzlichen Wachstumsimpulse zu schaffen, die die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt benötigen", erklärt Sabine Zimmermann zum Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit für den Monat Januar. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. weiter:

"Die Lage am Arbeitsmarkt verschärft sich zunehmend. Die Zahl der Arbeitslosen liegt wieder bei über drei Millionen. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung wurden im Vergleich zum

Vorjahr über 110.000 arbeitslose Menschen mehr gezählt - ein Anstieg um fast elf Prozent. Der Trend der letzten Monate setzt sich damit ungebrochen fort. Dessen ungeachtet betreibt die Bundesregierung bei den Mitteln für aktive Arbeitsmarktpolitik seit Jahren einen gigantischen Kahlschlag, so dass immer weniger Menschen von Unterstützungsleistungen profitieren. Um die Folgen der Krise zu bewältigen, muss die Bundesregierung Arbeitsagenturen und Jobcenter finanziell besser ausstatten. Immer mehr Menschen sind dauerhaft vom Arbeitsmarkt abgehängt, und ihre Zahl wird in den kommenden Monaten weiter zunehmen. Insbesondere jene Erwerbslosen, die schon in den vergangenen Jahren kaum vom Aufschwung profitiert haben wie Langzeitarbeitslose, ältere Menschen und Schwerbehinderte, brauchen mehr Unterstützung. Dass die Bundesregierung diese Personengruppen offensichtlich abgeschrieben hat, darf nicht länger hingenommen werden."